



Mitteilungsblatt

6. November 1996

Nr. 27

Inhalt:

Grundordnung der Fachhochschule Lausitz

vom 21. 6. 1995

(in der Fassung der Änderungsbeschlüsse
vom 18. 3. 1996 und 28. 10. 1996)

Soweit nachstehend durchgängig die männliche Form verwendet wird, geschieht dies ausschließlich wegen der besseren Lesbarkeit und hat keine weitergehende inhaltliche Bedeutung.

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel. 03573/85 0 ~ Fax 03573/85 209

Inhalt

Seite

Teil I

Rechtsstellung und Aufgaben

§ 1	Rechtsstellung, Sitz und Gliederung	4
§ 2	Aufgaben	4
§ 3	Freiheit von Lehre, Studium und Forschung	5

Teil II

Lehre und Studium

§ 4	Ziel des Studiums	6
§ 5	Die Studierenden	6
§ 6	Studiengänge	6
§ 7	Studienberatung	7

Teil III

Prüfungen und Hochschulgrade

§ 8	Hochschulprüfungen	7
§ 9	Hochschulgrade	7

Teil IV

Forschung und Entwicklung

§ 10	Forschung	8
§ 11	Entwicklungsvorhaben	9

Teil V

Personal der Hochschule

§ 12	Hochschulpersonal	9
§ 13	Wissenschaftliches Personal	9
§ 14	Dienstaufgaben der Professoren	9
§ 15	Berufung von Professoren	10
§ 16	Gastprofessoren, Gastdozenten	10
§ 17	Honorarprofessoren	11
§ 18	Wissenschaftliche Mitarbeiter	11
§ 19	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	11
§ 20	Lehrbeauftragte	11
§ 21	Wissenschaftliche Hilfskräfte	12

	Seite
Teil VI	
Mitgliedschaft, Mitwirkung	
§ 22 Mitgliedschaft	12
§ 23 Allgemeine Grundsätze der Mitwirkung an der Hochschulselbstverwaltung	13
§ 24 Einberufung und Beschlußfähigkeit der Hochschulgremien	13
§ 25 Abstimmungen	13
§ 26 Öffentlichkeit	14
§ 27 Zusammensetzung der Hochschulgremien	14
§ 28 Wahlen zu den Gremien	14
§ 29 Erlöschen der Mitgliedschaft in Kollegialorganen und Eintritt von Ersatzmitgliedern	15
§ 30 Studentenschaft	15
Teil VII	
Zentrale Hochschulorgane	
§ 31 Zentrale Organe	16
§ 32 Konzil	16
§ 33 Senat	17
§ 34 Rektorat	17
§ 35 Rektor	18
§ 36 Die Prorektoren	19
§ 37 Kanzler	19
§ 38 Die Gleichstellungsbeauftragte	19
§ 39 Behindertenbeauftragter	20
Teil VIII	
Fachbereiche	
§ 40 Aufgaben der Fachbereiche	20
§ 41 Fachbereichsrat	20
§ 42 Dekan	21
Teil IX	
Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, Institute	
§ 43 Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten	22
§ 44 Die Hochschulbibliothek	23
§ 45 Hochschulrechenzentrum	23
§ 46 An-Institute	23
Teil X	
Schlußvorschrift	
§ 47 Inkrafttreten	24

Teil I

Rechtsstellung und Aufgaben

§ 1

Rechtsstellung, Sitz und Gliederung

(1) Die Fachhochschule Lausitz ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die ihre Aufgaben im Rahmen der Gesetze als Selbstverwaltungsaufgaben wahrnimmt. Sie ist zugleich staatliche Einrichtung des Landes Brandenburg. Standorte der Hochschule sind Senftenberg und Cottbus.

(2) Die Fachhochschule Lausitz führt ein eigenes Wappen und Siegel.

(3) Die Fachhochschule Lausitz gliedert sich in

1. Fachbereiche als organisatorische Grundeinheiten für Lehre, Studium und Forschung,
2. wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten,
3. die Hochschulverwaltung.

§ 2

Aufgaben

(1) Aufgabe der Fachhochschule Lausitz ist die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Lehre, Studium und Forschung. Sie bereitet durch anwendungsbezogene Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordern.

(2) Die Fachhochschule Lausitz wirkt darauf hin, daß das Studium möglichst in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann; sie arbeitet mit anderen Bildungseinrichtungen mit dem Ziel zusammen, möglichst kurze Ausbildungszeiten zu gewährleisten.

(3) Die Fachhochschule Lausitz macht es sich zur ständigen Aufgabe, im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen Inhalt und Form des Studiums im Hinblick auf die Entwicklung in Wissenschaft, Technik und Kunst, die Bedürfnisse der beruflichen Praxis und die notwendigen Veränderungen in der Berufswelt zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Die Studienreform soll gewährleisten, daß

1. die Studieninhalte im Hinblick auf Veränderungen in der Berufswelt breite berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen,
2. die Formen der Lehre und des Studiums den jeweiligen fortgeschrittenen methodischen und didaktischen Erkenntnissen entsprechen,
3. die Studierenden befähigt werden, Studieninhalte wissenschaftlich selbständig zu erarbeiten und deren Bezug zur Praxis zu erkennen,

4. die Gleichwertigkeit einander entsprechender Hochschulabschlüsse gesichert und ein Hochschulwechsel ohne Verlängerung der Studienzeit möglich wird.

(4) Die Fachhochschule Lausitz dient dem weiterbildenden Studium und beteiligt sich an Weiterbildungsveranstaltungen. Sie fördert die Weiterbildung ihres Personals. Im Rahmen ihres Studienangebotes führt sie Qualifizierungsmaßnahmen für Absolventen von Hochschulen und Fachschulen durch.

(5) Die Fachhochschule Lausitz wirkt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben darauf hin, daß Frauen und Männer in der Hochschule die ihrer Qualifikationen entsprechenden gleichen Entwicklungsmöglichkeiten haben und die für Frauen bestehenden Nachteile, sofern sie vorhanden sind oder entstehen, beseitigt werden. Sie wirkt an der sozialen Förderung der Studierenden mit und trägt dabei den Problemen von Studierenden mit Kindern Rechnung. Sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse behinderter Studierender. Sie fördert in ihrem Bereich kulturelle und musische Belange sowie den Sport.

(6) Die Fachhochschule Lausitz fördert die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich; sie fördert dabei die Beziehungen zwischen den Hochschulen in Ost- und Westeuropa; sie fördert den Austausch mit ausländischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse der ausländischen Studierenden.

(7) Die Fachhochschule Lausitz wirkt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch im Hinblick auf den Wissens- und Technologietransfer mit anderen Forschungs- und Bildungseinrichtungen zusammen.

(8) Die Fachhochschule Lausitz unterrichtet die Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben.

§ 3

Freiheit von Lehre, Studium und Forschung

(1) Die Fachhochschule Lausitz stellt im Zusammenwirken mit dem Land Brandenburg sicher, daß die Mitglieder der Hochschule die durch Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes verbürgten Grundrechte - Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre - wahrnehmen können.

(2) Gleiches gilt insoweit für die Studierenden hinsichtlich der Freiheit des Studiums nach §§ 3 Abs. 4 HRG, 5 Abs. 4 BBHG.

Teil II

Lehre und Studium

§ 4

Ziel des Studiums

Lehre und Studium sollen die Studierenden auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen und interdisziplinären Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden vermitteln, damit sie zu wissenschaftlicher Arbeit, insbesondere bei diesbezüglicher Befähigung der Absolventen auch zur Promotion an den Hochschulen mit Promotionsrecht sowie zur kritischen Einordnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden.

§ 5

Die Studierenden

(1) Die Studierenden werden durch die Einschreibung und für die Dauer der Einschreibung Mitglieder der Fachhochschule Lausitz. Studienbewerber sind zu immatrikulieren, sofern Versagungsgründe für die Immatrikulation nicht vorliegen und die Voraussetzungen nach § 30 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes gegeben sind.

(2) Das Nähere, insbesondere das bei Immatrikulation, Exmatrikulation, Rückmeldung und Beurlaubung einzuhaltende Verfahren und die dabei zu beachtenden Fristen, regelt die Immatrikulationsordnung der Hochschule.

§ 6

Studiengänge

(1) Studiengänge an der Fachhochschule Lausitz führen, soweit sie nicht als Zusatz-, Ergänzungs- oder Aufbaustudiengang angeboten werden, innerhalb von 8 Semestern einschließlich der in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit zu einem berufsqualifizierenden Abschluß (grundständige Studiengänge).

(2) Die Hochschule entwickelt gemeinsam mit ausländischen, insbesondere europäischen Partnerhochschulen, Studiengänge, in denen bestimmte Studienabschnitte und Prüfungen an der ausländischen Hochschule erbracht werden können.

(3) Für jeden Studiengang wird eine Studienordnung erlassen. Sie regelt auf der Grundlage der Prüfungsordnung und unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen in der beruflichen Praxis Inhalt und Aufbau des Studiums einschließlich der in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit. Die Studienordnung sieht Schwerpunkte vor, die der Studierende nach eigener Wahl bestimmen kann. Sie stellt sicher, daß der Gesamtumfang der für den erfolgreichen Abschluß des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen so bemessen ist, daß für die Studierenden Gelegenheit zur selbständigen Vorbereitung und Vertiefung des Stoffes und zur Teilnahme an zusätzlichen Lehrveranstaltungen besteht.

§ 7

Studienberatung

(1) Die Hochschule berät ihre Studierenden sowie Studienbewerber und Studieninteressenten in allen Fragen des Studiums. Die Studienberatung erfolgt über Studienmöglichkeiten, Inhalte, Aufbau und Anforderungen des Studiums. Bei studienbedingten persönlichen Schwierigkeiten kann, sofern die Möglichkeiten dazu an der Hochschule gegeben sind, eine psychologische Beratung in Anspruch genommen werden. Die studienbegleitende Fachberatung vermittelt den Studierenden insbesondere Kenntnisse hinsichtlich der Studiengestaltung, der Studientechnik und der Schwerpunkte des gewählten Studienganges.

(2) Die Hochschule arbeitet im Bereich der Studienberatung mit den für die Berufsberatung zuständigen Stellen zusammen.

Teil III

Prüfungen und Hochschulgrade

§ 8

Hochschulprüfungen

(1) Die Studiengänge an der Fachhochschule Lausitz werden durch Hochschulprüfung (Diplomprüfung) abgeschlossen. In den grundständigen Studiengängen nach § 6 dieser Grundordnung findet eine Zwischenprüfung (Vordiplomprüfung) statt, die studienbegleitend abgenommen werden kann.

(2) Hochschulprüfungen, mit denen ein Studienabschnitt oder ein Studium abgeschlossen wird, dienen der Feststellung, ob der Prüfling aufgrund der individuell von ihm erbrachten Leistung das Ziel des Studienabschnittes oder des Studiums erreicht hat.

(3) Hochschulprüfungen werden auf Grund von Prüfungsordnungen abgelegt, die der Genehmigung durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bedürfen.

§ 9

Hochschulgrade

Aufgrund bestandener Hochschulprüfung, mit der ein berufsqualifizierender Abschluß erworben wird, verleiht die Fachhochschule Lausitz den Diplomgrad mit Angabe der Fachrichtung. Der Diplomgrad wird mit dem Zusatz "(FH)" verliehen.

Teil IV

Forschung und Entwicklung

§ 10

Forschung

(1) Die Forschung gehört zu den Aufgaben der Fachhochschule Lausitz und dient der Gewinnung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere auch zur Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen Lehre und des Studiums an der Hochschule. Die Hochschulforschung kann sich auf alle wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche erstrecken. Schwerpunkt der anwendungsorientierten Forschung ist vor allem die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in der Praxis einschließlich der Folgen und Wirkungen, die sich aus der Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse ergeben können.

(2) Die in der Forschung tätigen Hochschulmitglieder sind zur Durchführung von Forschungsvorhaben auch berechtigt, sofern diese aus Mitteln Dritter finanziert werden. Die Durchführung von Drittmittelvorhaben ist Teil der Hochschulforschung.

(3) Hochschulmitglieder sind berechtigt, Forschungsvorhaben nach Abs. 2 durchzuführen, wenn die Erfüllung anderer Aufgaben der Hochschule sowie die Rechte und Pflichten anderer Personen dadurch nicht beeinträchtigt werden und durch das Forschungsvorhaben entstehende Folgelasten berücksichtigt sind. Forschungsergebnisse sollen in der Regel alsbald nach Beendigung der Forschungsarbeiten veröffentlicht werden.

(4) Forschungsvorhaben, die ganz oder zum Teil aus Mitteln Dritter finanziert werden, sind der Leitung der Hochschule rechtzeitig anzuzeigen; dabei sind alle personellen, technischen und finanziellen Mittel, die in Anspruch genommen werden sollen, sowie deren Herkunft anzugeben. Die Durchführung des Forschungsvorhabens darf nur untersagt oder durch Auflagen beschränkt werden, soweit die Durchführung des Forschungsvorhabens die Erfüllung anderer Aufgaben der Hochschule oder die Wahrnehmung der Rechte anderer Personen beeinträchtigen würde oder entstehende Folgelasten nicht angemessen berücksichtigt sind.

(5) Die Mittel für Forschungsvorhaben, die in der Hochschule durchgeführt werden, werden in der Regel auch dort verwaltet. Die Mittel sind für den vom Drittmittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden und durch die Hochschulverwaltung nach dessen Bedingungen zu bewirtschaften, sofern im Einzelfall gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Treffen die Bedingungen des jeweiligen Drittmittelgebers keine Regelung, so gelten ergänzend die Bewirtschaftungsbestimmungen des Landes Brandenburg. Auf Antrag des Hochschulmitgliedes, welches das Forschungsvorhaben verantwortlich durchführt, kann von der Verwaltung der Mittel durch die Hochschule abgesehen werden, sofern nicht die Bedingungen des Drittmittelgebers entgegenstehen. In diesem Fall sind die Bewirtschaftungsbestimmungen des Landes Brandenburg nicht ergänzend anwendbar.

(6) Werden hauptberufliche Mitarbeiter an Forschungsvorhaben, die in der Hochschule durchgeführt werden, aus Mitteln Dritter bezahlt, so sollen sie als Personal der Hochschule in

den Landesdienst eingestellt werden. Die Einstellung geschieht auf Vorschlag des Hochschulmitgliedes, das das Forschungsvorhaben durchführt.

(7) Die Drittmittel müssen mindestens alle für die Durchführung des Forschungsvorhabens zusätzlich entstehenden Personal- und Materialkosten decken und zu den Kosten für die Inanspruchnahme des vorhandenen Personals und der vorhandenen Einrichtungen angemessen beitragen.

(8) Finanzielle Erträge der Fachhochschule Lausitz aus Forschungsvorhaben, die in der Hochschule durchgeführt werden, insbesondere aus Einnahmen, die ihr als Entgelt für die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen zufließen, stehen der Hochschule, vor allem den an der Durchführung des Vorhabens beteiligten Fachbereichen, für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung.

§ 11

Entwicklungsvorhaben

§ 10 findet auf Entwicklungsvorhaben im Rahmen angewandter Forschung entsprechend Anwendung.

Teil V

Personal der Hochschule

§ 12

Hochschulpersonal

Das Hochschulpersonal besteht aus den an der Hochschule haupt- und nebenberuflich tätigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die im unmittelbaren Dienst des Landes Brandenburg stehen.

§ 13

Wissenschaftliches Personal

(1) Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal der Fachhochschule Lausitz besteht aus den Professoren, den Gastprofessoren, den Gastdozenten, den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Lehrkräften für besondere Aufgaben.

(2) Das nebenberufliche Personal besteht aus den Honorarprofessoren, den Lehrbeauftragten und den wissenschaftlichen Hilfskräften.

§ 14

Dienstaufgaben der Professoren

(1) Die Professoren nehmen die der Fachhochschule Lausitz obliegenden Aufgaben in Lehre, Wissenschaft und Forschung nach näherer Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses in den von ihnen vertretenen Fächern selbständig wahr.

Zu ihren Dienstaufgaben gehört es neben den Verpflichtungen nach § 23 Abs. 1 Satz 1 dieser Grundordnung, Hochschulprüfungen abzunehmen und sich an Aufgaben der Studienreform und der Studienberatung zu beteiligen.

(2) Die Professoren sind verpflichtet, Lehrveranstaltungen ihrer Fächer in allen Studiengängen abzuhalten und die zur Sicherstellung des Lehrangebots gefaßten Beschlüsse der Hochschulorgane zu verwirklichen.

§ 15

Berufung von Professoren

(1) Die Stellen für Professoren werden durch die Hochschule öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibung enthält Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben.

(2) Zur Vorbereitung von Berufungsvorschlägen wird durch den Fachbereich, dem die jeweils zu besetzende Professur zugeordnet ist, eine Berufungskommission gebildet.

Die Berufungskommission besteht aus

1. dem Vorsitzenden und zwei weiteren Vertretern der Gruppe der Professoren,
2. einem Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Lehrkräfte für besondere Aufgaben,
3. einem Vertreter der Gruppe der Studierenden.

Die Mitglieder der Berufungskommissionen werden von den jeweiligen Gruppen im Fachbereichsrat getrennt gewählt. Den Berufungskommissionen können auch Professoren anderer Hochschulen angehören.

(3) Nach Abschluß ihrer Verhandlungen leitet der Vorsitzende der Berufungskommission den begründeten Entscheidungsvorschlag, der mindestens die Namen von drei Kandidaten in abgestufter Reihenfolge enthalten muß, dem Fachbereichsrat über den Dekan des Fachbereichs zu.

(4) Der Fachbereichsrat beschließt sodann über den Entscheidungsvorschlag der Berufungskommission. Dabei haben alle dem Fachbereich angehörenden Professoren die Möglichkeit der stimmberechtigten Mitwirkung; soweit sie an der Entscheidung mitwirken, gelten sie als Mitglieder der Gruppe der Professoren im Fachbereichsrat.

(5) Der Senat entscheidet über die Berufungsvorschläge der Fachbereiche. Diese sind vom Vorsitzenden der Berufungskommission im Senat zu erläutern und zu begründen.

(6) Das Nähere, insbesondere das Verfahren der Berufungskommissionen, regelt die Berufsordnung der Hochschule in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 16

Gastprofessoren, Gastdozenten

(1) Mit Gastprofessoren, die Aufgaben von Professoren wahrnehmen, kann die Hochschule für einen begrenzten Zeitraum freie Dienstverhältnisse vereinbaren.

(2) Gleiches gilt für Gastdozenten, die Aufgaben wahrnehmen, die nicht die Qualifikation von Professoren erfordern.

§ 17

Honorarprofessoren

(1) Zum Honorarprofessor der Hochschule kann bestellt werden, wer aufgrund hervorragender wissenschaftlicher Leistungen in einem Fach und mehrjähriger selbständiger Lehrtätigkeit den Anforderungen entspricht, die an Professoren gestellt werden.

(2) Zum Honorarprofessor kann auch bestellt werden, wer besondere wissenschaftliche Leistungen in einer mehrjährigen beruflichen Praxis erbracht hat.

(3) Die Honorarprofessoren werden mit Zustimmung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur vom Rektorat bestellt.

§ 18

Wissenschaftliche Mitarbeiter

(1) Den wissenschaftlichen Mitarbeitern an der Hochschule obliegt die Erbringung wissenschaftlicher Dienstleistungen. Soweit ein wissenschaftlicher Mitarbeiter dem Aufgabenbereich eines Professors zugewiesen ist, ist dieser weisungsberechtigt.

(2) Zu den wissenschaftlichen Dienstleistungen gehört es auch, den Studierenden Fachwissen und praktische Fertigkeiten zu vermitteln und sie, soweit zur Gewährleistung des Lehrangebots notwendig, in der Anwendung wissenschaftlicher Methoden zu unterweisen, außerdem besondere Beratungsfunktionen zu übernehmen.

§ 19

Lehrkräfte für besondere Aufgaben

(1) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nehmen überwiegend Lehrtätigkeiten wahr, die nicht die Qualifikation von Professoren erfordern; sie vermitteln praktische Fertigkeiten und Kenntnisse.

(2) Lektoren in modernen Fremdsprachen werden als Lehrkräfte für besondere Aufgaben beschäftigt.

§ 20

Lehrbeauftragte

(1) Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehraufträge an Personen erteilt werden, die mindestens ein abgeschlossenes Hochschulstudium, Erfahrungen in der Lehre oder Ausbildung sowie eine mehrjährige berufliche Praxis aufweisen sollen. Die Lehrbeauftragten nehmen die Ihnen übertragenen Lehraufgaben selbständig wahr.

(2) Der Lehrauftrag begründet ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis eigener Art zur Hochschule; er begründet kein Dienstverhältnis. Der Lehrauftrag wird auf Antrag des zuständigen Fachbereichs für jeweils ein Semester von der Leitung der Hochschule erteilt.

Näheres regelt § 69 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung.

§ 21

Wissenschaftliche Hilfskräfte

(1) Als wissenschaftliche Hilfskraft kann beschäftigt werden, wer ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen hat (akademische wissenschaftliche Hilfskraft) oder als fortgeschrittener Studierender mindestens das Vordiplom oder eine Zwischenprüfung oder eine gleichwertige Prüfung mit Erfolg abgelegt hat (studentische wissenschaftliche Hilfskraft).

(2) Wissenschaftliche Hilfskräfte an der Fachhochschule Lausitz haben die Aufgabe, Professoren, in begründeten Ausnahmefällen auch sonstiges wissenschaftliches Personal, bei den dienstlichen Aufgaben zu unterstützen sowie Studierende unter der fachlichen Anleitung eines Professors im Rahmen der Studienordnung bei ihrem Studium zu unterstützen. Die den Hilfskräften übertragenen Aufgaben sollen zugleich der eigenen Aus- und Weiterbildung dienen.

(3) Die gesamte wöchentliche Arbeitszeit darf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst nicht erreichen.

(4) Die Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliche Hilfskräfte werden auf Antrag des zuständigen Fachbereichs befristet begründet.

Teil VI

Mitgliedschaft, Mitwirkung

§ 22

Mitgliedschaft

(1) Mitglieder der Fachhochschule Lausitz sind das hauptberuflich an der Hochschule tätige wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Personal und die eingeschriebenen Studierenden.

(2) Mitglieder der Fachhochschule Lausitz sind auch diejenigen, die, ohne Mitglieder nach Absatz 1 zu sein, mit Zustimmung des Senats hauptberuflich an der Hochschule tätig sind, sowie die nebenberuflich tätigen Honorarprofessoren, die außerplanmäßigen Professoren, die Lehrbeauftragten und die gastweise tätigen Lehrkräfte.

(3) Den Professoren stehen nach dem Eintritt in den Ruhestand die mit der Lehrbefugnis verbundenen Rechte zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen und zur Beteiligung an Prüfungsverfahren zu. Soweit sie Lehrveranstaltungen abhalten, bleiben sie Mitglieder der Hochschule.

(4) Die Mitglieder der Fachhochschule Lausitz haben sich, unbeschadet weitergehender Verpflichtungen aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis, so zu verhalten, daß die Hochschule ihre Aufgaben erfüllen kann und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an der Hochschule wahrzunehmen.

§ 23

Allgemeine Grundsätze der Mitwirkung an der Hochschulselbstverwaltung

(1) Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Fachhochschule Lausitz ist Recht und Pflicht der Mitglieder nach § 22 Abs. 1 bis 2. Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Über die Anerkennung eines wichtigen Grundes entscheidet das Rektorat.

Mitglieder der Hochschule, die Aufgaben der Personalvertretung wahrnehmen, können nicht einem Gremium der Selbstverwaltung angehören, das für Personalangelegenheiten zuständig ist.

(2) Die Mitglieder eines Gremiums werden, soweit sie dem Gremium nicht kraft Amtes angehören, für eine bestimmte Amtszeit bestellt oder gewählt; sie sind an Weisungen nicht gebunden. Sie haben darauf hinzuwirken, daß das Gremium seine Aufgaben wirksam erfüllen kann.

(3) Die Mitglieder von Gremien der Fachhochschule Lausitz sind auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit zur Verschwiegenheit in Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt geworden sind, sofern deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder besonders vorgeschrieben ist.

(4) Die Hochschulmitglieder dürfen wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung nicht benachteiligt werden.

§ 24

Einberufung und Beschlußfähigkeit der Hochschulgremien

(1) Gremien und Ausschüsse werden von ihren Vorsitzenden mit einer Ladungsfrist von mindestens fünf Werktagen unter Beifügung einer vorläufigen Tagesordnung einberufen. Auf Verlangen des Rektorats, eines Fünftels der stimmberechtigten Mitglieder oder aller Mitglieder einer Mitgliedergruppe dieses Gremiums hat der Vorsitzende das Gremium unverzüglich einzuberufen. Bei Sitzungen in der vorlesungsfreien Zeit verlängert sich die Ladungsfrist auf zwei Wochen.

(2) Gremien, Kommissionen und Ausschüsse sind, soweit sich aus dem Brandenburgischen Hochschulgesetz oder dieser Grundordnung nichts anderes ergibt, beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

§ 25

Abstimmungen

(1) Die Gremien fassen ihre Beschlüsse grundsätzlich mit Stimmenmehrheit. Ein Antrag ist angenommen, wenn die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des

Gremiums zustimmt, sofern nicht das Brandenburgische Hochschulgesetz oder diese Grundordnung andere Mehrheiten vorsehen.

(2) Entscheidungen, die die Forschung oder die Berufung von Professoren unmittelbar berühren, bedürfen außer der Mehrheit des Gremiums der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren.

Kommt ein Beschluß auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so genügt für eine Entscheidung die Mehrheit der dem Gremium jeweils angehörenden Professoren.

(3) Die Gremien stimmen in der Regel offen ab. Auf Verlangen eines anwesenden stimmberechtigten Mitgliedes findet geheime Abstimmung statt. Entscheidungen über Personalangelegenheiten erfolgen stets in geheimer Abstimmung.

(4) Ein überstimmtes Mitglied eines Gremiums kann seinen abweichenden Standpunkt in einem Sondervotum darlegen, sofern dieses in der Sitzung vorbehalten worden ist. Das Sondervotum ist in die Niederschrift aufzunehmen. Beschlüssen, die anderen Stellen vorzulegen sind, ist das Sondervotum beizufügen.

§ 26 Öffentlichkeit

(1) Das Konzil und der Senat tagen in öffentlicher Sitzung. Durch Beschluß kann zur Vermeidung von Störungen durch alle Hochschulgremien die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Anträge auf Ausschluß der Öffentlichkeit dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden werden. Personal- und Prüfungsangelegenheiten werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

(2) Die Fachhochschule stellt sicher, daß ihre Mitglieder in angemessenem Umfang über die Tätigkeit der Gremien unterrichtet werden. Die Tagesordnungen und die gefaßten Beschlüsse werden deshalb in geeigneter Weise bekanntgegeben; das gilt nicht für Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden.

§ 27 Zusammensetzung der Hochschulgremien

Für die Vertretung in den Gremien bilden

1. die Professoren, außerplanmäßigen Professoren, Honorar- und Gastprofessoren,
2. die Studierenden,
3. die Mitglieder nach § 78 (1) Nr. 3 des Brandenburgische Hochschulgesetzes,
4. die sonstigen Mitarbeiter,

jeweils eine Gruppe.

§ 28 Wahlen zu den Gremien

(1) Die Vertreter der Mitgliedergruppen im Konzil, im Senat und im Fachbereichsrat werden in unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den jeweiligen

Mitgliedergruppen getrennt nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt. Die nebenberuflich tätigen Honorarprofessoren, die außerplanmäßigen Professoren, die Gastprofessoren und die sonstigen gastweise tätigen Lehrkräfte sowie die Lehrbeauftragten haben nur aktives Wahlrecht.

(2) Jedes Mitglied der Fachhochschule Lausitz kann sein aktives und passives Wahlrecht nur in jeweils einer Mitgliedergruppe und jeweils einem Fachbereich ausüben. Ein wahlberechtigtes Mitglied, das mehreren Mitgliedergruppen oder mehr als einem Fachbereich angehört, hat eine Erklärung abzugeben, für welche Gruppe oder in welchem Fachbereich es sein Wahlrecht ausüben will.

(3) Näheres, insbesondere das Wahlverfahren, regelt die Wahlordnung der Hochschule in ihrer jeweils geltenden Fassung.

§ 29

Erlöschen der Mitgliedschaft in Kollegialorganen und Eintritt von Ersatzmitgliedern

(1) Die Mitgliedschaft in Kollegialorganen erlischt durch

- a) Ablauf der Amtszeit,
- b) Niederlegung des Mandats,
- c) Wechsel der Mitgliedergruppe,
- d) Ausscheiden aus der Hochschule.

(2) Die Mitgliedschaft im Fachbereichsrat erlischt außerdem durch Wechsel des Fachbereichs innerhalb der Hochschule.

(3) In den Fällen des Erlöschens der Mitgliedschaft nach Abs. 1 b) - d) treten Ersatzmitglieder in die Kollegialorgane ein. Näheres regelt die Wahlordnung.

(4) Ist bei Ablauf einer Amts- oder Wahlzeit noch kein neues Mitglied bestimmt, so übt das bisherige Mitglied sein Amt weiter aus. Das Ende der Amtszeit des nachrückenden oder des nachträglich gewählten Mitgliedes bestimmt sich so, als ob es sein Amt rechtzeitig angetreten hätte.

§ 30

Studentenschaft

(1) Die Studierenden der Hochschule bilden die Studentenschaft.

(2) Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule. Sie hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze und regelt ihre eigenen Angelegenheiten

durch Satzung, die Regelungen insbesondere im Hinblick auf die in § 81 Abs. 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes aufgeführten Tatbestände enthält.

(3) Die Studentenschaft erhebt von ihren Mitgliedern Beiträge. Die Höhe der Beiträge ist auf das Maß zu beschränken, das zur Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erforderlich ist.

(4) Der Haushaltsplan und die Festsetzung der Beitragshöhe bedürfen nach Anhörung der Leitung der Hochschule der Genehmigung durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Teil VII

Zentrale Hochschulorgane

§ 31 Zentrale Organe

Zentrale Organe der Fachhochschule Lausitz sind

1. das Konzil,
2. der Senat,
3. das Rektorat,
4. der Rektor.

§ 32 Konzil

(1) Aufgaben des Konzils sind

1. die Wahl des Rektors und der Prorektoren
2. die Beschlußfassung über die Grundordnung der Hochschule,
3. die Beratung des Rechenschaftsberichts des Rektorats,
4. die Erörterung und Beschlußfassung der langfristigen Entwicklungsempfehlungen der Hochschule.

(2) Dem Konzil gehören an:

1. zwölf Vertreter der Gruppe der Professoren,
2. vier Studierende,
3. vier Vertreter der Gruppe nach § 78 (1) Nr. 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes,
4. zwei sonstige Mitarbeiter.

(3) Werden für eine Gruppe insgesamt weniger Kandidaten benannt als zu wählen sind oder werden insgesamt weniger Kandidaten gewählt als der Gruppe zustehen, bleiben die freibleibenden Sitze unbesetzt, soweit nicht das Brandenburgische Hochschulgesetz oder diese Grundordnung etwas anderes bestimmt.

(4) Die Mitglieder des Rektorats nehmen an den Sitzungen des Konzils mit beratender Stimme teil.

(5) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder des Konzils beträgt ein Jahr, die Amtszeit der übrigen Mitglieder zwei Jahre.

(6) Das Konzil wählt mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter in geheimer Wahl. Der Vorsitzende und der erste Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Gruppen im Konzil nach Absatz 2 angehören.

(7) Das Konzil gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 33

Senat

(1) Der Senat ist insbesondere zuständig für die sich aus § 84 (1) des Brandenburgischen Hochschulgesetzes ergebenden Aufgaben.

(2) Dem Senat gehören an

1. der Rektor als Vorsitzender,
2. fünf Vertreter der Gruppe der Professoren,
3. zwei Vertreter aus der Gruppe der Studierenden
4. zwei Vertreter der Gruppe nach § 78 (1) Nr. 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes,
5. ein Vertreter aus der Gruppe der sonstigen Mitarbeiter

(3) § 32 (3) findet entsprechende Anwendung.

(4) Die Prorektoren, der Kanzler und die Dekane der Fachbereiche nehmen, soweit sie nicht gewählte Mitglieder sind, an den Senatssitzungen mit beratender Stimme teil. Soweit ein Prorektor den Rektor als Vorsitzenden des Senats vertritt, ist er stimmberechtigt.

(5) Vor der Beschlußfassung des Senats über Angelegenheiten, die eine zentrale Einrichtung oder Betriebseinheit unmittelbar berühren, ist deren Leiter Gelegenheit zur Teilnahme an der Sitzung des Senats zu dem betreffenden Tagesordnungspunkt und zur diesbezüglichen Stellungnahme zu geben.

Insoweit findet die Ladungsfrist von § 24 (1) S.1 entsprechende Anwendung.

(6) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder des Senats beträgt ein Jahr, die Amtszeit der übrigen Wahlmitglieder des Senats beträgt zwei Jahre.

(7) Der Senat kann zu seiner Unterstützung, insbesondere zur Vorbereitung von Beschlüssen, nach § 84 Abs. 2 BBHG Kommissionen einsetzen.

(8) Der Senat verhandelt aufgrund der Geschäftsordnung vom 19.9.1994 in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 34

Rektorat

(1) Das Rektorat leitet die Fachhochschule Lausitz.

(2) Der Rektor, der Prorektor für Wissenschaft und Forschung, der Prorektor für Lehre und Studium und der Kanzler bilden das Rektorat. Den Vorsitz im Rektorat führt der Rektor.

(3) Das Rektorat bereitet die Sitzungen des Senats vor und führt dessen Beschlüsse aus. Das Rektorat ist dem Senat gegenüber auskunftspflichtig und hinsichtlich der Ausführung von Senatsbeschlüssen rechenschaftspflichtig.

Das Rektorat wirkt darauf hin, daß die übrigen Organe, Gremien und Funktionsträger ihre Aufgaben wahrnehmen und die Mitglieder der Fachhochschule ihre Pflichten erfüllen. Es legt dem Konzil jährlich Rechenschaft über die Erfüllung der Aufgaben der Fachhochschule ab.

Das Rektorat beanstandet rechtswidrige Beschlüsse, Maßnahmen oder Unterlassungen anderer Hochschulorgane, der Organe der Fachbereiche, der Gremien und Funktionsträger. Eine vom Rektorat ausgesprochene Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, so unterrichtet das Rektorat den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

(4) Die Organe der Fachhochschule und der Fachbereiche, die Gremien und die Funktionsträger haben dem Rektorat Auskunft zu erteilen. Die Mitglieder des Rektorats können an allen Sitzungen der Organe und Gremien mit beratender Stimme teilnehmen und sich jederzeit über deren Tätigkeit unterrichten.

§ 35 Rektor

(1) Der Rektor vertritt die Fachhochschule Lausitz nach außen.

(2) Der Rektor ist Vorsitzender des Rektorats und des Senats.

(3) Der Rektor trifft dringende Maßnahmen in Angelegenheiten des Rektorats, sofern ein Beschluß des Rektorats im Einzelfall nicht mehr rechtzeitig herbeigeführt werden kann. Über eine Eilmaßnahme berichtet der Rektor unmittelbar anschließend dem Rektorat.

(4) Der Rektor übt das Hausrecht aus. Er kann die Ausübung dieser Befugnis Mitgliedern oder Angehörigen der Fachhochschule Lausitz jederzeit widerruflich übertragen.

(5) Der Rektor ist Dienstvorgesetzter der Mitglieder der Hochschule nach § 43 (2) Satz 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes.

(6) Der Rektor wird nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Rektorats durch einen der Prorektoren vertreten. In Angelegenheiten der laufenden Verwaltung wird er durch den Kanzler vertreten.

(7) Der Rektor wird vom Konzil aufgrund eines Wahlvorschlages des Senats aus dem Kreis der an der Fachhochschule tätigen hauptberuflichen Professoren für die Dauer von vier Jahren in geheimer Wahl gewählt und vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt.

(8) Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Konzils erhält. Erreicht ein Bewerber auch im zweiten Wahlgang nicht die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des

Konzils, findet ein dritter Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten der abgegebenen Stimmen erhält.

(9) Der Rektor übt seine Tätigkeit hauptamtlich aus. Eine Wiederwahl ist bis zu zweimal zulässig. Eine Abwahl ist ausgeschlossen.

(10) Das Nähere über die Wahl des Rektors regelt die Wahlordnung der Hochschule in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 36

Die Prorektoren

(1) Einer der Prorektoren vertritt den Rektor nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Rektorats, soweit im Brandenburgischen Hochschulgesetz oder dieser Grundordnung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Prorektor für Wissenschaft und Forschung und der Prorektor für Lehre und Studium werden für die Dauer von vier Jahren vom Konzil auf Vorschlag des Senats aus dem Kreis der an der Fachhochschule tätigen Professoren gewählt und vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt. § 35 (8) findet entsprechende Anwendung.

(3) Der Rektor und die Prorektoren sollen jeweils aus verschiedenen Fachbereichen kommen.

(4) Die Amtszeit der Prorektoren endet mit der Amtszeit des Rektors. Wiederwahl ist zulässig. Eine Abwahl ist ausgeschlossen. Die Prorektoren können nicht gleichzeitig Dekan, Prodekan oder Prüfungsausschußvorsitzender eines Fachbereiches sein.

§ 37

Kanzler

(1) Der Kanzler führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung der Hochschule. Er ist Beauftragter für den Haushalt.

(2) Er leitet die Hochschulverwaltung, die als Zentralverwaltung für die Erfüllung der Aufgaben der Fachhochschule in Planung, Verwaltung und Rechtsangelegenheiten sorgt.

(3) Der Kanzler wird auf Vorschlag des Senats vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur ernannt. Seine Amtszeit beträgt sechs Jahre, erneute Ernennungen sind möglich. Er muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen und soll eine mehrjährige leitende Tätigkeit in der Verwaltung, der Rechtspflege oder der Wirtschaft ausgeübt haben.

§ 38

Die Gleichstellungsbeauftragte

(1) Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 5 dieser Grundordnung, für die ihre Zuständigkeit besteht, wird eine Gleichstellungsbeauftragte bestellt, die Aufgaben der Frauenförderung für alle weiblichen Mitglieder der Hochschule wahrnimmt.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat die Rechte und Pflichten aus § 87 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. Sie wird von den weiblichen Mitgliedern der Hochschule für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 39

Behindertenbeauftragter

(1) Im Rahmen der Aufgaben nach § 2 Abs. 5 S. 3 dieser Grundordnung ist ein Beauftragter für Behinderte zu bestellen.

(2) Der Behindertenbeauftragte hat die Rechte und Pflichten nach § 88 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes. Er wird von den behinderten Mitgliedern der Hochschule für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

Teil VIII

Fachbereiche

§ 40

Aufgaben der Fachbereiche

(1) Die Fachbereiche sind die organisatorischen Grundeinheiten der Fachhochschule für Lehre, Studium und Forschung.

Jeder Fachbereich erfüllt unbeschadet der Gesamtverantwortung der Fachhochschule und der Zuständigkeiten der zentralen Hochschulorgane und Gremien für sein Gebiet die Aufgaben der Fachhochschule. Er hat die Vollständigkeit und Ordnung des Lehrangebots unter Berücksichtigung hochschuldidaktischer Erkenntnisse entsprechend den Erfordernissen der Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Wahrnehmung der innerhalb der Fachhochschule zu erfüllenden weiteren Aufgaben zu gewährleisten. Er trägt im Rahmen der Ausbildungspläne dafür Sorge, daß seine Mitglieder und seine Einrichtungen die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können.

(2) Organe des Fachbereichs sind der Dekan und der Fachbereichsrat.

(3) Der Fachbereich regelt seine Organisation durch eine Fachbereichsordnung und erläßt die sonstigen zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Ordnungen.

(4) Die Fachbereiche können zur Durchführung fachbereichsübergreifender Vorhaben gemeinsame Kommissionen bilden.

§ 41

Fachbereichsrat

(1) Dem Fachbereichsrat obliegt die Beschlußfassung über alle Angelegenheiten des Fachbereichs, für die nicht die Zuständigkeit des Dekans oder eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Der Fachbereichsrat ist insbesondere in allen Lehre und Studium betreffenden Angelegenheiten und für die Beschlußfassung über die Fachbereichsordnung, Studien- und

Prüfungsordnungen und die sonstigen Ordnungen des Fachbereichs zuständig. Er kann vom Dekan über die Angelegenheiten des Fachbereichs Auskunft verlangen.

(2) Dem Fachbereichsrat gehören an:

1. der Dekan als Vorsitzender,
2. fünf weitere Vertreter der Gruppe der Professoren,
3. zwei Studierende,
4. zwei Vertreter der Gruppe nach § 78 (1) Nr. 3 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes,
5. ein sonstiger Mitarbeiter.

(3) Die Mitglieder des Fachbereichsrates nach Ziffer 2 bis 5 werden von den Mitgliedern des Fachbereichs gewählt.

Ihre Amtszeit beträgt zwei Jahre; die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr.

(4) Bei Entscheidungen über Berufungsvorschläge haben alle dem Fachbereich angehörenden Professoren die Möglichkeit der stimmberechtigten Mitwirkung; soweit sie an der Entscheidung mitwirken, gelten sie als Mitglieder der Gruppe der Professoren im Fachbereichsrat.

(5) Vor der Beschlußfassung des Fachbereichsrates über Angelegenheiten, die eine Einrichtung des Fachbereichs unmittelbar berühren, ist deren Leiter, bei der Behandlung von Fragen eines Faches, das im Fachbereichsrat nicht durch einen Professor vertreten wird, mindestens einem Professor dieses Faches Gelegenheit zu geben, an den Beratungen teilzunehmen. Entsprechendes gilt für Lehrkräfte für besondere Aufgaben, soweit ein Fach nicht durch einen Professor vertreten ist.

(6) Der Fachbereichsrat kann zu seiner Unterstützung beratende Ausschüsse bilden.

(7) Der Fachbereichsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 42 Dekan

(1) Der Dekan vertritt den Fachbereich innerhalb der Hochschule und führt die Geschäfte des Fachbereichs in eigener Zuständigkeit. Er ist Vorsitzender des Fachbereichsrates, bereitet dessen Sitzungen vor und ist für die Durchführung der Beschlüsse verantwortlich. Hinsichtlich der Ausführung von Fachbereichsbeschlüssen ist er dem Fachbereichsrat rechenschaftspflichtig.

Der Dekan wirkt unbeschadet der Aufsichtsrechte des Rektorats darauf hin, daß die Funktionsträger, die Gremien und Einrichtungen des Fachbereichs ihre Aufgaben wahrnehmen und die Mitglieder und Angehörigen des Fachbereichs ihre Pflichten erfüllen. Hält er einen Beschluß für rechtswidrig, so führt er eine nochmalige Beratung und Beschlußfassung herbei; das Verlangen nach nochmaliger Beratung und Beschlußfassung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, so unterrichtet er unverzüglich das Rektorat.

(2) Der Dekan wird durch den Prodekan vertreten.

(3) Der Prodekan wird durch den ältesten Vertreter der Gruppe der Professoren im Fachbereichsrat vertreten.

(4) Dekan und Prodekan werden in dieser Reihenfolge vom Fachbereichsrat aus den ihm angehörenden Professoren auf zwei Jahre gewählt.

Für die Wahl des Dekans ist außer der Mehrheit der Mitglieder des Fachbereichsrats auch die Mehrheit der dem Fachbereichsrat angehörenden Professoren erforderlich.

Kommt eine Wahl des Dekans auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist für eine Entscheidung im dritten Wahlgang die Mehrheit der Professoren ausreichend.

(5) Die Wiederwahl des Dekans und des Prodekans ist zulässig.

(6) Näheres regelt die Wahlordnung der Hochschule in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Teil IX

Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, Institute

§ 43

Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten

(1) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten dienen der Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule im Bereich von Lehre, Studium und Forschung oder Fort- und Weiterbildung.

(2) Sie können unter der Verantwortung eines oder mehrerer Fachbereiche mit Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur gebildet werden, soweit und solange für die Durchführung einer Aufgabe Stellen oder Mittel des oder der Fachbereiche ständig bereitgestellt werden müssen.

Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten nach Satz 1 können auch außerhalb eines Fachbereichs unter der Verantwortung des Senats gebildet werden.

(3) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten entscheiden über die Verwendung der Mitarbeiter und der Mittel, die ihnen zugewiesen sind. Die Leitung einer wissenschaftlichen Einrichtung besteht aus einem oder mehreren Professoren. Wissenschaftliche Einrichtungen, an denen mehrere Professoren tätig sind, sollen eine kollegiale und befristete Leitung haben. Eine befristete Leitung wird für mindestens 3 Jahre nach den Vorgaben des § 93 Abs. 4 BBHG bestellt.

(4) Die zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und zentralen Betriebseinheiten stehen den Mitgliedern der Hochschule und, sofern die Benutzungsordnung dies im Einzelfall ausdrücklich zuläßt, sonstigen Nutzern zur Benutzung offen. Inhalt und Umfang des Nutzungsrechts richten sich nach der jeweiligen Benutzungsordnung.

(5) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten kann die Hochschule außerdem im Zusammenwirken mit anderen Hochschulen zur gemeinsamen Erfüllung ihrer Aufgaben in Lehre, Studium und Forschung oder Fort- und Weiterbildung bilden.

Das Nähere bestimmt § 94 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung.

§ 44

Die Hochschulbibliothek

(1) Die Hochschulbibliothek ist eine zentrale Einrichtung der Hochschule. Sie versorgt die Fachbereiche in Lehre, Studium und Forschung mit Literatur und sonstigen Informationsmitteln. Die Hochschulbibliothek übernimmt die Anschaffung der Literatur. Dabei sind die Vorschläge der Fachbereiche zu berücksichtigen.

(2) Die Hochschulbibliothek arbeitet mit anderen Bibliotheken und Einrichtungen der Information und Dokumentation zusammen.

(3) Näheres, insbesondere die Grundsätze und Einzelregelungen der Führung und Verwaltung der Hochschulbibliothek, regelt die Bibliotheksordnung der Hochschule.

§ 45

Hochschulrechenzentrum

(1) Das Hochschulrechenzentrum ist eine zentrale Betriebseinheit der Hochschule. Es wirkt bei der Koordinierung aller Datenverarbeitungsanlagen mit und ist in grundsätzlichen Fragen des Datenverarbeitungseinsatzes in der Hochschule zu hören.

Das Hochschulrechenzentrum hat außerdem die Aufgabe, zentrale Datennetze sowie die für die Hochschulverwaltung benötigten Datenverarbeitungsanlagen bereitzustellen und zu betreuen.

(2) Näheres regelt die Ordnung für die Organisation und Benutzung des Hochschulrechenzentrums der Hochschule in ihrer jeweils geltenden Fassung.

§ 46

An-Institute

(1) Außerhalb von § 43 dieser Grundordnung können wissenschaftliche Einrichtungen (An-Institute) als selbständige juristische Personen errichtet werden, soweit dies im Hinblick auf die durchzuführenden Aufgaben oder aus sonstigen Gründen im Einzelfall notwendig oder zweckmäßig ist.

(2) Bereits bestehende Einrichtungen können von der Leitung der Hochschule nach Beschlußfassung durch den Senat und im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur als Institut an der Fachhochschule Lausitz befristet anerkannt werden, sofern dies die Wahrnehmung von Hochschulaufgaben fördert.

(3) In den Leitungs-, Aufsichts- und Entscheidungsgremien der An-Institute der Hochschule müssen ihre Mitglieder mehrheitlich vertreten sein.

Teil X

Schlußvorschrift

§ 47

Inkrafttreten

Diese Grundordnung tritt nach Genehmigung durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz in Kraft.

Prof. Dr. Hille
Vorsitzende des Konzils